

Ergebnisse der Strukturpolitischen Tagung Ost

Ostdeutsche Industrie in der Transformation: zwischen Risiko und Chance



Damit die Transformation in Ostdeutschland zum Erfolg wird, sind jetzt die Unternehmen sowie die Politik gefragt. Verstärkte Ansiedlung von F&E- Kapazitäten, neue Qualifizierungskonzepte und eine aktive Strukturpolitik sind der Schlüssel für eine nachhaltige Entwicklung guter Industriearbeit in Ostdeutschland.

Auch 30 Jahre nach der Wende gibt es nach wie vor strukturellen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, die sich durch die aktuelle Transformation und die Auswirkung der Corona-Krise nicht weiter verfestigen dürfen.

Mit der Ansiedlung neuer Produktion aus im Bereich E-Mobilität und Energie ergeben sich zwar wichtige Chancen. Um mit neuen Produkten und Geschäftsmodellen eine Entwicklungsperspektive auf Augenhöhe mit Industriestandorten in Gesamtdeutschland zu bekommen, bedarf es aber weit mehr als moderner Produktionsanlagen.

Mehr Kooperationsbereitschaft kleiner und mittelständiger Unternehmen, Netzwerke aus regionalen Akteuren, mehr F&E-Kapazitäten und neue Qualifizierungskonzepte sind entscheidende Erfolgsfaktoren, die auf der strukturpolitischen Tagung zwischen Betriebsräten und IG Metall diskutiert wurden.

Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, betonte bei der virtuellen Tagung: "Wir müssen struktur- und beschäftigungspolitisch im Osten aus der Vergangenheit lernen und uns für nachhaltige industrielle Arbeitsplätze einsetzen. Ein gemeinsames Zielbild der regionalen Akteure und die Entwicklung von handlungsfähigen Strukturen sind die Grundvoraussetzung erfolgreicher Strukturpolitik, die zur dauerhaften Ansiedlung guter Industriearbeitsplätze beiträgt. Diese Forderung richten wir an Politik und Unternehmen gleichermaßen."

Ostdeutschland braucht mehr eigenständige F&E

Erste Ansatzpunkte sind längst da: Das sächsische Automobilcluster könnte zu den Gewinnern der Transformation gehören, weil dort rasch auf die Produktion von Elektromotoren umgestellt und entsprechend investiert wird.

Landespolitisch konnte mit der Gründung des 'Zentrum für Fachkräftesicherung und Gute Arbeit' (ZEFAS) eine strukturpolitische Initiative der IG Metall, die im Koalitionsvertrag verankert wurde, realisiert werden.

Auch sind bereits wichtige industriepolitische Entscheidungen gefallen, so zum Beispiel die Schaffung notwendiger Infrastruktur für Elektromobilität. Das bescheinigt die Studie „Auto- und Zulieferindustrie in der Transformation“, die Prof. Dr. Klaus Dörre mit Unterstützung der Otto-Brenner-Stiftung erstellt hat, in der er zusammen mit Antje Blöcker und Mitarbeiter*innen die Transformation der Automobilindustrie in den fünf ostdeutschen Bundesländern untersuchte. (Die Studie hängt unten an)

Ebenfalls positive Signale sind die Batteriefertigung in Kamenz und die Batteriezellfertigung in Erfurt oder Bitterfeld sowie die industriepolitischen Aktivitäten zur Produktion von grünem Wasserstoff in Görlitz oder Nordhausen. Christoph Hahn von der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen wies hier eindrücklich auf zahlreiche Ansiedlungen im Osten hin.

Solche – durchaus erfreulichen Entwicklungen – dürften aber nicht über die Strukturschwäche weiter Regionen Ostdeutschlands hinwegtäuschen, so Uwe Laubach, 1. Bevollmächtigter in Eisenach. Westthüringen etwa könnte zu einem Verlierer der Transformation werden. Denn viele der vor allem kleinen und mittleren Betriebe sind nicht auf die Transformation vorbereitet und halten zu lang an der Verbrennertechnologie fest, kritisiert er.

Das Kernproblem in Ostdeutschland ist der oftmals unzureichende eigenständige Kompetenzaufbau neuer Technologien. Hier sind die Unternehmen gefordert, nicht nur auf die Konzernzentralen im Westen zu schauen, sondern auch gesellschaftliche Verantwortung für eine nachhaltige industrielle Entwicklung in Ostdeutschland zu übernehmen. Für eine nachhaltige Beschäftigungsperspektive ist die Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette in den Regionen notwendig.

Aus der letzten Transformation lernen

Ostdeutschland hat die schmerzhaften Transformationsprozesse der 90er Jahre hinter sich. Hier wurden zahlreiche Erfahrungen mit strukturpolitischen Instrumenten gemacht, an die man anknüpfen sollte.

Zwar können Erfahrungen und Wissen aus vorangegangenen Transformationsprozessen nicht als Blaupause dienen oder auf aktuelle Entwicklungen einfach übertragen werden. Jedoch ist es möglich, aus ihnen allgemeinere Schlussfolgerungen zu ziehen, Anregungen zu geben sowie Ideen und Ansätze wieder aufzugreifen und sich im Voraus bewusster mit potenziellen Folgen auf Regionen, Branchen, Beschäftigtengruppen oder auch gesellschaftliche Prozesse auseinanderzusetzen. Das ist das Ergebnis einer weiteren Studie der Otto-Brenner-Stiftung "Strukturpolitische Instrumente der Nachwendezeit. Schlussfolgerungen für die Gestaltung von Transformation heute", die von Alrun Fischer und Sissy Morgenroth erstellt wurde. (Die Studie hängt unten an)

So wird die Transformation zur Chance für Ostdeutschland

Die IG Metall will das Superwahljahr 2021 dazu nutzen, die Politik an ihre Verantwortung in Ostdeutschland zu erinnern, gleichwertige Arbeits- und Lebensverhältnisse zwischen Ost und West herzustellen. Denn nur mit einer abgestimmten Struktur- und Industriepolitik, die an die Besonderheiten der ostdeutschen Wirtschafts- und Industriestruktur angepasst ist, wird die ökologische Wende auch zu einer langfristigen Perspektive für die Beschäftigten und die Region.

• 28.02.2020